

Corona ... in der zweiten Welle: Strukturwandel mit Augenmaß begleiten!



CORONA - NEWSLETTER

Die Volkswirte in der Sparkassen-Finanzgruppe ordnen die Beschlüsse der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 16. November 2020 wirtschaftspolitisch ein:

- Eine Fortsetzung mit weiteren Kontaktbegrenzungen des Lockdown 2.0 über den Winter 2020/2021 zeichnet sich ab. In dieser Phase sollte an dem bestehenden wirtschaftspolitischen Kurs festgehalten werden. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der Pandemie sollten weiterhin temporär und zielgerichtet sein. Neue wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten jetzt nicht unmittelbar folgen.
- Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen darf nicht unverhältnismäßig belastet werden. Eine Überlastung ist auch hier – wie im Gesundheitssystem – mit hohen gesellschaftlichen Kosten verbunden. Die solide finanzielle Ausgangslage vor der Corona-Krise ermöglicht es Deutschland bisher, nicht in einen Zielkonflikt zwischen Gesundheit und Finanzierbarkeit zu geraten. Diese gute Ausgangslage darf nicht leichtfertig verspielt werden. An dem Auslaufen der diesjährigen temporären Mehrwertsteuersenkung bis zum 01.01.2021 muss festgehalten werden, auch weil eine teure Verlängerung kaum zusätzliche realwirtschaftliche Impulse erbrächte.
- Die Kommunal финанzen müssen für den weiteren Pandemieverlauf für die Jahre 2021 und 2022 gestärkt werden. Viele Stützungsmaßnahmen wirken nur in 2020. Entscheidend ist, diese Stabilisierungsmaßnahmen mit Blick auf kommunale Investitionen zu verlängern. Das bleibt auch wichtig für den Mittelstand und für die Erholung der Wirtschaft im nächsten Jahr.
- Die Corona-Krise ist durch eine hohe Unsicherheit geprägt – Unsicherheit darüber, wie sich die Infektionslage in den nächsten Monaten entwickeln wird, aber auch die Unsicherheit, ob bisherige Geschäftsmodelle noch zukunftsfähig sind. Der Prozess schöpferischen Wandels wird und muss auch im Unternehmenssektor stattfinden. Daher ist es wichtig, Unternehmensinsolvenzen auf tragfähigen Grundlagen zuzulassen. Nur ein Strukturwandel ermöglicht es, sich frühzeitig auf die auch dauerhaft veränderten Rahmenbedingungen durch die Lehren der Corona-Krise einzustellen und mit neuen Geschäftsmodellen die Zukunft zu gestalten.

19. November 2020

Autoren:

Dr. Reinhold Rickes
Reinhold.Rickes@dsgv.de

Dr. Sonja Scheffler
Sonja.Scheffler@dsgv.de

Dr. Holger Schulz
Holger.Schulz@dsgv.de

Exkurs

Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zeichnet sich ab

Seit Anfang Oktober gilt wieder die Pflicht, bei Zahlungsunfähigkeit Insolvenz zu beantragen. Lediglich für überschuldete Unternehmen gilt die Lockerung des Insolvenzrechts bis Jahresende weiter. Die Bundesagentur für Arbeit stellt sich auf eine steigende Anzahl von Insolvenzen ein und hat für das kommende Jahr 1,6 Mrd. Euro an Zahlungen für Insolvenzgeld eingeplant – für 2020 lag dieser Betrag laut Planung bei 950 Mio. Euro.

Angesichts des sehr niedrigen Niveaus ist ein Anstieg der Insolvenzen – insbesondere bei kleineren Unternehmen aus den besonders betroffenen Sektoren wie Gastronomie und Touristik – sehr plausibel. Allerdings wird der Effekt durch die umfangreichen staatlichen Stützungsmaßnahmen wie das verlängerte Kurzarbeitergeld und die Überbrückungskredite abgemildert. Auch die solide Finanzpolitik vieler Unternehmen und das niedrige Zinsniveau haben zu den bisher niedrigen Insolvenzzahlen beigetragen.

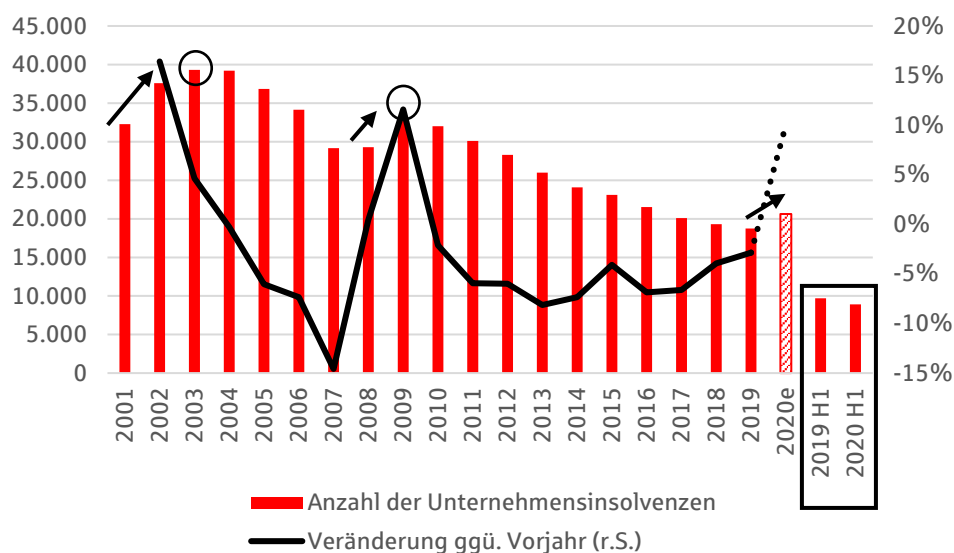
Autoren:

Uwe Burkert
Uwe.Burkert@lbbw.de

Dr. Reinhold Rickes
Reinhold.Rickes@dsgv.de

Dr. Sonja Scheffler
Sonja.Scheffler@dsgv.de

Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland



Quelle: Creditreform, Euler Hermes, LBBW Research

Aufgrund niedriger Vorjahreswerte ist allein basisbedingt bis März 2021 mit einem weiteren Anstieg der 12-Monats-Ausfallrate zu rechnen. Dementsprechend geht Moody's davon aus, dass der Höhepunkt erst im 1. Quartal

2021 erreicht wird. Im Gegensatz zur Finanzkrise 2008/09 ist der Zinsaufwand der Unternehmen im 2. Quartal 2020 nicht dramatisch angestiegen. Die Unternehmen profitieren vom weiterhin bestehenden Niedrigzinsniveau und von der Erholung der Risikospreads. Zudem fiel der Ertragseinbruch nicht so stark wie befürchtet aus. Beim Vergleich der Median-Werte blieb selbst im ertragsseitig vermutlich schwächsten 2. Quartal 2020 noch ein Spielraum für die Abdeckung der Zinsausgaben vorhanden.

So erwarten auch drei Viertel der Firmenkundenberater der Sparkassen laut einer im September 2020 publizierten Umfrage zum S-Mittelstands-Fitnessindex, dass in den kommenden sechs Monaten weniger als zwei Prozent ihrer mittelständischen Firmenkunden Insolvenz anmelden müssen – und dies unabhängig von der ausgesetzten Insolvenzantragspflicht (<https://www.dsgv.de/sparkassen-finanzgruppe/publikationen/zukunft-mittelstand-2020.html>).

Trotz der massiv eingetrübten ökonomischen Perspektiven im Rahmen der Corona-Krise haben die Unternehmen weiterhin guten Zugang zu Bankkrediten. Die Kreditvergabe stieg im September 2020 gegenüber dem Vorjahr um 7,3% an. Unterstützt wird das Kreditwachstum nicht zuletzt von der günstigen Refinanzierung bei der Notenbank: Im Juli deckten sich die europäischen Banken in einem Rekordumfang von 1,31 Bio. EUR über den Langfristender TLTRO III ein. Im Unterschied zur Finanzkrise 2008/09 droht aktuell kein Liquiditätsentzug in der Breite – auch wenn es für einzelne Unternehmen eng werden könnte.

Unternehmen profitieren von solider Ausgangssituation, niedrigem Zinsniveau und Stützungsmaßnahmen

Disclaimer

Die vorliegenden Positionen der Volkswirte entsprechen nicht notwendigerweise der Haltung der DekaBank oder der Haltung der jeweiligen Landesbanken und Sparkassen. Dieses Papier wurde mit Hilfe folgender acht Institute erstellt:

LBBW

Berliner Sparkasse

Haspa

DekaBank

NORD/LB

BayernLB

Helaba

Kreissparkasse Köln

Impressum

Herausgeber

Deutscher Sparkassen- und Giroverband
Abteilung Volkswirtschaft, Finanzmärkte
und Wirtschaftspolitik

Charlottenstraße 47

10117 Berlin

Telefon: 030 20225-5303

DSGV-Volkswirtschaft@DSGV.de

www.DSGV.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe

17. November 2020

Gestaltung

Franz Metz, Berlin

Bildnachweis

pixabay/jarmoluk

Verantwortlich

Pia Jankowski – DSGV

Direktorin

Leitung Volkswirtschaft, Finanzmärkte und
Wirtschaftspolitik

Pia.Jankowski@DSGV.DE

Dr. Reinhold Rickes – DSGV

Abteilungsleiter

Leitung Volkswirtschaft

Reinhold.Rickes@DSGV.DE

Hinweis

Alle Publikationen dieser Reihe finden Sie unter: <https://www.dsgv.de/positionen.html#standpunkte>